



Bündnis 90 / Die Grünen Köln

71 Stimmen

Beschluß der Kreis-Mitgliederversammlung vom 22.04.1999

Für einen dauerhaften Frieden

Die vergangenen vier Wochen haben uns in die schwierige Situation gebracht, daß wir zwei unserer wichtigsten Ziele nicht mehr gleichzeitig erreichen können: Kriege zu verhindern und die verbrecherische Politik von Milošević auf dem Kosovo zu bekämpfen. Das bürdet uns die Verantwortung auf, zwischen unseren Prinzipien zu gewichten und weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Der Konflikt in Jugoslawien ist kein Bürgerkrieg, in dem unterschiedliche Bevölkerungsgruppen haßerfüllt aufeinander einschlagen. Die Triebkraft des Konflikts ist eine Clique, die für ihren Machterhalt rücksichtslos Konflikte provoziert. Als Folge ist es auf dem Balkan in den vergangenen 10 Jahren zu vier Kriegen gekommen, die über 200000 Tote gefordert haben.

Wer vor diesem Hintergrund Verhandlungen und Kompromisse um jeden Preis fordert, der muß eine Alternative vorschlagen, die die Rückkehr der Flüchtlinge ermöglicht. Ansonsten billigt er die Verbrechen Miloševićs.

Die Verhältnisse der Vergangenheit

Für uns ist die jetzige Situation auch das Ergebnis von Verhältnissen des Westens in der Vergangenheit. Viel zu spät und viel zu zaghaft hat der Westen die Opposition in Jugoslawien wahrgenommen und unterstützt. Es ist viel gewonnen, wenn wir erkennen, daß der Aufbau von Demokratie ein langfristiges Projekt ist, und das vereinte Europa sich in dieser Richtung noch viel stärker als bisher engagieren muß.

Müssen wir aber jetzt, wo Vertreibung und Morden stattfinden, zusehen, weil wir in der Vergangenheit Fehler gemacht haben? Auf dem Balkan stehen wir leider vor der Situation, daß ein verbrecherisches Regime Vertrauen und Achtung der Menschen untereinander systematisch zerstört hat und weiterhin sein Unwesen treibt.

Die Notwendigkeit eines Eingriffs ist für uns unbestritten

Wir glauben, daß die Militärfaktion der NATO ein notwendiges und daher legitimes Mittel zur Bekämpfung der verbrecherischen Politik von Milošević ist. Die Tatsache, daß die UN kein klares Mandat für ein Einschreiten gegen die Verbrechen von Milošević gegeben hat, zeigt uns, wie dringlich Reformen des Völkerrechts und der Vereinten Nationen sind.

Die Situation auf dem Balkan verlangt ein langfristiges Engagement des vereinten Europas. Wenn die europäische Integration weiterhin als Friedenswerk glaubhaft sein soll, dann muß die EU in der Lage sein, in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft - die Teil Europas ist! - die Basis für einen tragfähigen Frieden zu legen. Europa darf sich dabei aber nicht auf die militärische Absicherung des Friedens beschränken, sondern muß den Staaten auf dem Balkan auch eine glaubhafte, wenn auch nicht kurzfristige, Perspektive für eine Integration in die EU bieten.

Die Grünen Köln begrüßen den von Außenminister Joschka Fischer vorgelegten 6-Stufen-Plan zur Beendigung des Krieges im Kosovo sowie zur Wiederherstellung einer politischen Situation, die es den vertriebenen Kosovo-Albanern ermöglicht zurückzukehren.

Eine tragfähige Friedenslösung ist nur mit einer internationalen Friedenstruppe möglich

Bosnien hat gezeigt, daß nur Truppen mit ausreichender Bewaffnung und einer klaren Führungsstruktur in der Lage sind, die sichere Rückkehr der Flüchtlinge zu garantieren. Niemand kann eine Schutztruppe wollen, die wie in Srebrenicza dem Morden zusehen muß, weil sie nicht die Mittel in der Hand hat, es zu verhindern. Eine solche Friedenstruppe braucht aber die Zustimmung Rußlands und ein Mandat der UN.

Waffenstillstandsangebote von Milosevic, die eine solche Truppe nicht in Aussicht stellen, können wir deshalb nur als Manöver interpretieren, die das Ziel haben, die Geschlossenheit der westlichen Allianz zu unterminieren.

Welche Optionen hat die deutsche Politik?

Als Regierungspartei müssen die Grünen nicht nur Prinzipien formulieren, sondern auch die Entscheidungen der Regierung mittragen. Damit ist man auch für die Folgen eines Nichthandelns verantwortlich. Es ist aber unsere Chance, mit Joschka Fischer als Außenminister deutsche Außenpolitik zu gestalten und grüne Akzente zu setzen. Wenn wir zu einer Lösung in diesem Konflikt kommen wollen, dann wird das nur innerhalb des Nato-Bündnisses sein. In der jetzigen Situation würde ein Ausscheren aus dem Bündnis der deutschen Außenpolitik nur jeder Möglichkeit für Initiativen rauben.

Als Grüne können wir uns weiter dafür einsetzen, daß Rußland an einer Friedenslösung beteiligt wird, nicht aus Sorge vor einer gekränkten Nation, sondern weil wir wollen, daß Rußland in Europa eine positive Rolle spielen kann. Die verhaltene Zustimmung Jelzins zu einer Friedenstruppe auf dem Kosovo ist deshalb ein gutes Zeichen.

Wir setzen uns weiter dafür ein, daß bei UN, OSZE und EU Strukturen geschaffen werden, die zivile Konfliktlösung ermöglichen, und nicht auf ein militärisches Eingreifen angewiesen sind.

Am Ende des Krieges muß eine Balkankonferenz stehen, die unter Einschluß von Griechenland und der Türkei verbindliche Garantien für Minderheiten - auch der Kurden - zum Ziel hat.

Köln, Bürgerzentrum Ehrenfeld